

Pressemitteilung, 13.07.2000

Laborarzt-Prozess: SPD fordert Aufklärung

Jochen Wahnschaffe und Hans-Ulrich Pfaffmann verlangen unverzügliches Einschreiten gegen Kassenärztliche Vereinigung Bayerns. Wie tief ist Sozialministerium verstrickt?

Der **Vorsitzende des sozialpolitischen Ausschusses im Landtag, Jochen Wahnschaffe**, und der Münchner SPD-Landtagsbeordnete **Hans-Ulrich Pfaffmann** fordern in einem heute (13. Juli) eingereichten Landtagsantrag vom Bayerischen Sozialministerium ein unverzügliches Einschreiten gegenüber dem Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB), um die Bayerische Ärzteschaft und auch die Patienten vor weiterem Schaden zu bewahren. Jochen Wahnschaffe: „Der bisherige Verlauf des Schottdorf-Prozesses verstärkt den Verdacht einer tiefen Verstrickung des Vorstandsvorsitzenden der KVB, Dr. Lothar Wittek, und anderer Funktionäre in die Laborarzt-Affäre.“ Gegen Dr. Wittek wurde in diesem Zusammenhang Strafanzeige erstattet, über die bisher nicht abschließend entschieden ist. Auch der Landesvorsitzende des Hausärzteverbandes BDA, Dr. Wolfgang Hoppenhaler, zugleich Vorstandsmitglied der KVB, hat dem KVB-Vorsitzenden Wittek öffentlich „kriminelles Vorgehen“ vorgeworfen. „Allein diese Vorgänge, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, begründen zwingend die Annahme, dass die Funktionsfähigkeit des Vorstands der KVB, die ihm durch Gesetz und Satzung übertragenen Aufgaben unparteiisch im Interesse der gesamten Ärzteschaft in Bayern wahrzunehmen, gefährdet ist“, betonen die beiden SPD-Politiker. Auch haben die Pflichtmitglieder der KVB als Körperschaft des öffentlichen Rechts einen Anspruch auf Wahrung des Ansehens der verfassten Ärzteschaft. Es besteht deshalb nach Ansicht der SPD-Abgeordneten dringender und unverzüglicher Handlungsbedarf seitens der Rechtsaufsichtsbehörde. Bereits in einer Parlamentsdebatte im Bayerischen Landtag im Spätherbst vergangenen Jahres war offenbar geworden, dass zwischen dem obersten Vertreter der Rechtsaufsichtsbehörde, Ministerialdirigent Maximilian Gaßner vom Bayerischen Sozialministerium, und dem angeklagten Laborarzt Dr. Schottdorf rege Kontakte bestanden, die mit der Funktion einer

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de

Rechtsaufsichtsbehörde kaum in Einklang zu bringen sind. Auf Grund des vorerst aufgegebenen Versuchs der letzten Woche, durch Eingreifen des Sozialministeriums einen Konkurs der Laborfabrik zu verhindern, hat das CSU-Ministerium, so die SPD-Politiker, deutlich gemacht, dass es sich an die Pflicht zur Unparteilichkeit offenbar nicht gebunden fühlt. Jochen Wahnschaffe: „Dies ist ein einmaliger Vorgang in der Bayerischen Rechtspraxis und lässt den Verdacht aufkommen, dass auch politische Repräsentanten des Sozialministeriums in die Affäre Schottdorf verstrickt sind.“ Offenbar seien Abhängigkeiten geschaffen worden, die nun zu solchen Hilfsaktionen zu Gunsten Schottdorfs führten. Die SPD will nun parlamentarische Aufklärung und verlangt von Staatsministerin Stamm, politische Verantwortung zu übernehmen und aus dem skandalösen Verhalten ihres Spitzenbeamten die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen.

TEL: (089)4126-2347, FAX: 4126-1168

Maximilianeum, 81627 München - www.bayernspd-landtag.de - presse@bayernspd-landtag.de